

HANS-DIETER KREIKAMP

DIE AMERIKANISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK IM
HERBST 1946 UND DIE
BYRNES-REDE IN STUTT GART

Die Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes vom 6. September 1946 in Stuttgart ist sowohl von Zeitgenossen¹ als auch lange Zeit von Historikern² als markanter Wendepunkt in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg aufgefaßt worden. Im Vordergrund der Bewertungen standen dabei die Impulse, die von dieser Rede abweichend von der nach wie vor gültigen Direktive für die amerikanische Militärregierung in Deutschland, JCS 1067, für eine konstruktive Betrachtungsweise der deutschen Probleme ausgingen. Zugleich wurde hierin der erste öffentliche Angriff eines führenden amerikanischen Politikers auf die Europapolitik der Sowjetunion gesehen. Dadurch sei der Kalte Krieg zwischen den Großmächten eingeleitet und ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Teilung Deutschlands vollzogen worden.

Dieser Interpretation der Stuttgarter Byrnes-Rede ist 1972 der amerikanische Historiker John Gimbel unter Hinweis auf die alleinige und ausschlaggebende Verantwortung Frankreichs für das Scheitern einer gemeinsamen, von allen vier Besatzungsmächten getragenen Deutschlandpolitik entgegengetreten³. Gimbel sieht in der bisherigen Deutung ein Musterbeispiel für ein von ideologischen Zeitströmungen verfälschtes Geschichtsbild, da in erster Linie Frankreich und nicht die Sowjetunion die Verwirklichung des Potsdamer Protokolls durch Festhalten an nationalen territorialen Zielvorstellungen im Saargebiet sowie an Rhein und Ruhr blockiert habe. Die für die Schaffung der ökonomischen und politischen Einheit in Deutschland grundlegende Errichtung deutscher Zentralverwaltungen sei allein am Widerstand Frankreichs gescheitert. Mit der Stuttgarter Rede sei Byrnes, so Gimbel, erstmals öffentlich und nachhaltig der destruktiven französischen Deutschlandpolitik entgegengetreten, um die französische Regierung zum Einlenken zu bewegen. Auch vermag Gimbel in der Rede keine Hinweise auf einen Wandel in der amerikanischen Europapolitik zu erblicken.

¹ Siehe die Erklärung der MinPräs. der US-Zone anlässlich der 12. Tagung des Länderrats in Stuttgart am 10. 9. 1946, in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, Bd. 1 (1945/46), hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München/Wien 1976, S. 777 ff.

² Siehe u. a. George Curry, James F. Byrnes, in: Robert H. Ferrell (Hrsg.), *The American Secretaries of State and Their Diplomacy*, Bd. 14, New York 1965, S. 251 f.

³ John Gimbel, *Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland*, VfZ 20 (1972), S. 39–62.

Es scheint, daß Gimbel mit dieser pointierten Interpretation, die sich fraglos auf eine Fülle von Quellen stützt, die Ziele der Rede zu stark im Lichte der Probleme betrachtet, welche vom stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, dem State Department noch im Frühjahr 1946 über das für die Militärregierung zuständige Army Department vorgetragen worden waren. Zweifellos verhinderte Frankreich, indem es sich der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen widersetzte, eine gemeinsame alliierte Politik im Alliierten Kontrollrat⁴. Damit trug die französische Regierung die Verantwortung für die Verschärfung der vordringlichen wirtschaftlichen Probleme in den westlichen Besatzungszonen und für das Ausbleiben einer gemeinsamen Vier-Mächte-Politik in Deutschland. Dies stellte eine erste Vorentscheidung auf dem Wege zur Teilung des Landes dar, indem zunächst die einzelnen Zonen sich getrennt voneinander entwickelten. Obwohl Frankreich als der Verursacher dieses Mißstandes erkannt war, weigerten sich das State Department und der amerikanische Außenminister, den von Clay geforderten massiven Druck auszuüben und Frankreich zur Umkehr zu zwingen⁵. Maßgebliche Vertreter des State Department und nicht zuletzt Außenminister Byrnes selbst hielten die französischen Einwände und Vorbehalte nicht für unüberwindbar und stellten ihre diplomatischen Bemühungen darauf ab, mit der französischen Regierung zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen.

Noch am Vorabend der Pariser Außenministerkonferenz bezeichnete der Staatssekretär im State Department Dean Acheson es als „unklug“, Frankreich unter Druck zu setzen⁶. Auch anlässlich des Briefwechsels zwischen Byrnes und Bidault vom 1. 2. und 2. 3. 1946, durch den die französische Regierung auf die negativen Folgen ihrer Deutschlandpolitik aufmerksam gemacht und zur Preisgabe ihrer intransigenten Haltung aufgefordert worden war, unterblieb die Androhung wirksamer Sanktionen⁷. Byrnes beschränkte sich vielmehr auf die zurückhaltende Aufforderung zu größerer Kooperation; er glaubte, damit den Forderungen Clays entsprochen zu haben. Bereits im Frühjahr 1946 war die amerikanische Außenpolitik darauf ausgerichtet, durch verständnisvolles Verhandeln mit Frankreich zu einem „modus vivendi“ zu gelangen. Ansatzpunkte hierzu waren die amerikanische Vorleistung, die französischen Ansprüche auf das Saargebiet zu unterstützen, und die unübersehbare wirtschaftliche Schwäche Frankreichs, das zum Wiederaufbau des Landes in wachsendem Maße auf Kredite aus den Vereinigten Staaten angewiesen war. Allen Beteiligten war klar, daß die

⁴ Grundlegend hierzu: Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, VfZ 18 (1970), S. 510–528.

⁵ Zu den wiederholt vorgetragenen Vorstößen Clays und Murphys, die von US-Verteidigungsminister Patterson unterstützt wurden, siehe Robert Murphy, *Diplomat Among Warriors*, New York 1964, S. 286ff. sowie die ausführliche Schilderung bei John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976, S. 39ff.

⁶ Acheson an Secretary of War, Robert P. Patterson, vom 24. 4. 1946, in: *United States Department of State, Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1946, V, Washington 1969*, S. 540 (künftig: *Foreign Relations*).

⁷ Siehe: *Secretary of State an den amerikanischen Botschafter in Paris, Jefferson Caffery*, vom 1. 2. 1946 und dessen Antwort vom 2. 3. 1946, in: *Foreign Relations 1946, V, S. 496ff. und 512ff.*

Gewährung dieser Kredite mit größerer politischer Abhängigkeit verbunden sein würde. Außenminister Byrnes sah sich daher am 10. 4. 1946 gegenüber Armeeminister Patterson zu der Äußerung veranlaßt, „we have some reason to believe that the French Government is willing to modify its attitude“⁸.

Aufgrund welcher politischen Ereignisse Byrnes dem Drängen Clays zu einem späteren Zeitpunkt nachgegeben, sich gar die Argumentation Clays zu eigen gemacht haben sollte⁹, zumal die Pariser Außenministerkonferenz die Hauptverantwortung der Sowjetunion am Scheitern einer neuen Friedenslösung bestätigte, bleibt unerfindlich. Auf amerikanischer Seite überwog als Ausdruck einer ausgeprägten frankophilen Grundhaltung führender Vertreter des State Department nach wie vor ein tiefes Verständnis für das französische Sicherheitsbedürfnis wie auch das Bewußtsein der labilen innenpolitischen Lage Frankreichs¹⁰. Daher begnügte sich Außenminister Byrnes in seiner Stuttgarter Rede nicht mit territorialen Konzessionen, die er für das Saargebiet ohnehin bereits zuvor abgegeben hatte, sondern glaubte, entscheidende Schritte auf dem Wege zu einer dauerhaften Friedenslösung in Mitteleuropa durch die Versicherung zukünftiger amerikanischer Truppenpräsenz in Europa einleiten zu können. In der Abkehr von einer Besatzungspolitik aufgrund der Potsdamer Regelung, der Hinwendung zu einer konstruktiven Friedenspolitik und der hieraus resultierenden Verbesserung der Lage Deutschlands liegt ein grundlegendes Element des Wandels in der amerikanischen Politik.

Mit seiner Stuttgarter Rede verfolgte Byrnes, wie zu zeigen sein wird, nicht die Absicht, Frankreich zur Schaffung der deutschen Zentralverwaltungen zu zwingen, vielmehr wollte er seiner eigenen Friedenskonzeption für die langfristige Regelung in Deutschland unter Absage sowohl an französische als auch an sowjetische Vorstellungen zum Durchbruch verhelfen. Dabei läßt die Form des Appells an die französische Regierung darauf schließen, daß Byrnes auf dieser Seite Möglichkeiten für eine Verständigung sah, welche er bei der sowjetischen Regierung nicht erkennen konnte. Unmißverständlich erklärte Byrnes: „Während wir darauf bestehen, daß Deutschland die Grundsätze des Friedens, der gutnachbarlichen Beziehungen und der Menschlichkeit befolgt, wollen wir nicht, daß es der Vasall irgendeiner Macht oder irgendwelcher Mächte wird oder unter einer in- oder ausländischen Diktatur lebt. Das amerikanische Volk hofft, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu sehen, das seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangt und behält.“¹¹ An anderer Stelle ergänzte Byrnes seine Kritik an der Sowjetunion und der Rolle der gerade gebildeten SED in der sowjetischen Besatzungszone, indem er den von dort ausgehenden Vorstellungen die konstruktiven amerikanischen Pläne für ein zukünftiges Deutschland gegenüber-

⁸ Foreign Relations 1946, V, S. 539.

⁹ Vgl. Gimbel, Byrnes' Rede, S. 43.

¹⁰ Zum Ausscheiden der französischen Kommunisten aus der Koalitionsregierung im Frühjahr 1947 siehe Wilfried Loth, Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges, VfZ 26 (1978), S. 9–65.

¹¹ Wortlaut der Rede vom 6. 9. 1946 in: Department of State Bulletin, Sept. 15, 1946, S. 500; deutsche Übersetzung in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 261 ff.; Byrnes wählte selbst den Begriff „satellite“, der hinreichend deutlich die Form der von den USA nicht gewollten Abhängigkeit beschreibt.

stellte. Im Zusammenhang mit dem Vorschlag zur Bildung einer verfassunggebenden Nationalversammlung als provisorische Regierung, die auch mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs „for the United States of Germany“¹² beauftragt werden sollte, betonte er die Konzeption eines die Menschenrechte und grundlegende individuelle Freiheitsrechte wahren demokratischen Deutschland¹³. Mit der gezielten Kontrastierung zu volksdemokratischen Staatsvorstellungen sowjetischer Prägung wurde nicht nur eine theoretische Auseinandersetzung geführt, sondern direkt die Frage der Vorherrschaft in Deutschland gestellt. Das ideologische Grundmuster der machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West hatte sich bereits voll entfaltet¹⁴.

In einer handbuchartigen Übersicht des State Department aus dieser Zeit wird demgemäß festgestellt, daß die sowjetischen Absichten in der eigenen Zone in den vergangenen Monaten deutlicher geworden seien. „The USSR apparently desires to strengthen the pro-Soviet forces in the zone to such an extent that they will remain securely in power even if a German central administration and government are ultimately installed.“¹⁵ Zugleich wurde auf die „far-reaching social and economic changes“ in der sowjetischen Zone hingewiesen, welche sich auch auf die westlichen Zonen auswirkten, „where the idea of nationalization is proving increasingly popular with the working classes regardless of political affiliation“¹⁶. Diese Einschätzung der sowjetischen Ziele in Deutschland war von George Kennan maßgeblich ausgegangen und vom US-Botschafter in Moskau, Smith, bereits im Frühjahr 1946 unterstützt worden¹⁷.

Dabei wurde die negative Wirkung der französischen Obstruktionspolitik keineswegs verkannt. Sie habe es vor allem der Sowjetunion ermöglicht, ihre eigenen Absichten zu kaschieren. Das sowjetische Interesse an deutschen Zentralverwaltungen war erheblichen Zweifeln ausgesetzt. Der Acheson-Hilddring-Plan vom 9. 5. 1946 war ganz darauf ausgerichtet, die UdSSR zu zwingen, „to show its real attitude toward

¹² Siehe Redeentwurf, der dem Weißen Haus am 2. 9. 1946 um 7.30 Uhr Pariser Ortszeit zur Genehmigung übermittelt wurde. National Archives, Washington, D. C., Record Group 59, Decimal Files des State Department, 740.00119 Control (Germany)/ 9-246 CS/A (künftig: NA). In dem endgültigen Redetext spricht Byrnes lediglich von einem Verfassungsentwurf (federal constitution) für Deutschland. Zur Verfahrensweise siehe auch James F. Byrnes, *All in one Lifetime*, New York 1958, S. 367.

¹³ Vgl. Anm. 11.

¹⁴ Anders Gimbel, Byrnes' Rede, S. 43. Byrnes forderte von dem Verfassungsentwurf darüber hinaus, daß dieser den demokratischen Charakter des neuen Deutschland und „the human rights and fundamental freedoms of all its inhabitants“ gewährleisten sollte.

¹⁵ U. S. Department of State, *Policy and Information Statements, European Nations and British Dominions*, Vol. A–H, Germany, S. 38. – James F. Byrnes Papers of the Robert Muldrow Cooper Library, Clemson University, Clemson, South Carolina (künftig: Byrnes Papers).

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Smith an Byrnes vom 2. 4. 1946 (*Foreign Relations 1946*, V, S. 535): „I agree with Kennan's estimate [...] that it is probably the Soviet policy to create in eastern Germany an antifascist republic as a preliminary to a Soviet socialist state, or at least a state oriented directly toward Moscow.“

unification of Germany within European framework“¹⁸. Unklarheiten über die französischen Ziele in Deutschland bestanden kaum. Angesichts des ungewissen Zusammenhalts der französischen Regierung schien es aus amerikanischer Sicht ratsamer, nicht durch erhöhten Druck die auseinanderstrebenden Elemente zusammenzufügen, sondern auf die Verschärfung der Meinungskonflikte und auf Zersetzungserscheinungen innerhalb der Regierungskoalition zu setzen¹⁹.

Der Verlauf und der Ausgang der Pariser Außenministerkonferenz vom 25. 4. bis 12. 7. 1946 verstärkten die bereits latent vorhandenen antisowjetischen Strömungen im State Department. Diese gingen einher mit Überlegungen, die in der Besatzungspraxis ohnehin schon durchbrochenen strengen Prinzipien der Potsdamer Vereinbarungen preiszugeben und neue Wege zu beschreiten. In seiner Stuttgarter Rede berief sich Byrnes zwar ausdrücklich auf die Potsdamer Beschlüsse, doch interpretierte er die vorgesehenen Maßnahmen im Bereich von Entmilitarisierung und Reparationen in der Weise, daß sie industrielles Wachstum und wirtschaftliche Gesundung nicht behindern dürften. In diesem Zusammenhang widmete er den Notwendigkeiten einer erhöhten deutschen Industrieproduktion zur Erreichung einer ausgeglichenen deutschen Wirtschaft außerordentlich breiten Raum²⁰. Der Grundgedanke, mittels repressiver wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber Deutschland die potentielle Bedrohung auf Dauer abwehren zu können, wurde offensichtlich fallengelassen. An seine Stelle trat die Konzeption der Friedenssicherung mittels vollständiger Entmilitarisierung und Entwaffnung, wobei die Siegermächte sich auf ein umfassendes System der Überwachung beschränken sollten. Byrnes betonte, indem er an seinen Vertragsvorschlag vom 30. 4. 1946 zur Entmilitarisierung Deutschlands anknüpfte²¹, daß der Hauptzweck der militärischen Besetzung darin bestanden habe und darin bestehe, „Deutschland zu entmilitarisieren und entnazifizieren, nicht aber den Bestrebungen des deutschen Volkes hinsichtlich einer Wiederaufnahme seiner Friedenswirtschaft künstliche Schranken zu setzen“²². Hieraus ergab sich, daß Neuregelungen im Bereich von Reparationen, Außenhandel und Industrieniveau gefunden werden mußten. Entsprechende Überlegungen waren im State Department im Sommer 1946 bereits voran-

¹⁸ Zum Acheson-Hilldring-Plan siehe John Gimbel, Byrnes und die Bizonen – Eine amerikanische Entscheidung zur Teilung Deutschlands? In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze, Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 195 ff. sowie Klaus Schwabe, Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und die Entstehung des „Kalten Krieges“ (1945/46), in: Rußland-Deutschland-Amerika, Russia-Germany-America. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, hrsg. von Alexander Fischer, Günter Moltmann und Klaus Schwabe, Wiesbaden 1978, S. 318 ff.

¹⁹ Vgl. Loth, Frankreichs Kommunisten.

²⁰ Deutlicher hatte Byrnes auf der 40. Sitzung des Rates der Außenminister vom 11. 7. 1946 (Foreign Relations 1946, II, S. 881) seine Vorstellungen hierzu dargelegt, indem er ausführte: „The American Government regards the economic revival of Germany as essential to the economic revival of Europe. It favors the industrial revival of Germany on peaceful lines.“

²¹ Siehe Foreign Relations 1946, II, S. 191 ff.; Europa-Archiv 1 (1946), S. 258 f.; hierzu auch John Gimbel, Die Vereinigten Staaten, Frankreich und der amerikanische Vertragsentwurf zur Entmilitarisierung Deutschlands, VfZ 22 (1974), S. 258–286.

²² Ebenda, S. 262.

getrieben worden²³. Byrnes verfolgte daher nicht die Absicht, zu den Regelungen von Potsdam zurückzukehren und den Vertragsentwurf als „Hebel“ gegenüber Frankreich zur Übernahme der dort begründeten Viermächteverpflichtungen zu bewegen²⁴. Seine Vorstellungen gingen vielmehr über die Potsdamer Vereinbarungen hinaus; sie stellten eine neue Qualität von Besatzungs- und Sicherheitspolitik dar.

Es war ein nahezu unvermeidliches Resultat des fortschreitenden Prozesses der Neuorientierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik, daß mit dem gewandelten amerikanischen Verständnis über Sinn und Zweck von Reparationen sich der Gegensatz zur Sowjetunion verstärkte. So hob Cramer in einem Office Memorandum an General Hilldring, „Assistant Secretary of State for Occupied Areas“, vom 16. 7. 1946 hervor, daß das Ziel amerikanischer Reparationspolitik darin bestehe, „to prevent Germany from becoming an economic dependency of any particular state or from being a continuing drain on U. S. resources. It is however against our vital national interest to have a USSR satellite government in all or any part of Germany“²⁵. Das Festhalten der sowjetischen Regierung an Reparationsforderungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar, wie Molotow auf der Pariser Außenministerkonferenz noch am 11. 7. 1946 bekräftigt hatte²⁶, begründete auf amerikanischer Seite das Mißtrauen, daß hiermit zugleich weitergehende politische Zielsetzungen verfolgt würden. Es erschien den Planern im State Department keineswegs abwegig, ein analoges Vorgehen der Sowjetunion wie in Polen und auf dem Balkan²⁷ auch in Deutschland für möglich zu halten. Allein aus der Analyse der Vorgänge in Deutschland läßt sich das wachsende Mißtrauen in Washington gegenüber den Geschehnissen in der sowjetischen Besatzungszone nicht begründen, die sich zunehmend von den übrigen Zonen absondern begann und in der mit der Vereinigung von KPD und SPD die führende und ausschlaggebende Rolle der kommunistischen Ideologie deutlich geworden war²⁸.

Das Bemühen des State Department um eine Neuorientierung in der Deutschlandpolitik zur Überwindung des eingetretenen Stillstandes sowie die Einschätzung sowohl der von Frankreich als auch der von der Sowjetunion ausgeübten Widerstände geht aus dem 37seitigen Bericht des „Policy Committee on Germany“ des Außenministers hervor, das von Staatssekretär Acheson am 31. 7. 1946 eingesetzt worden war. Die Bedeutung dieses Ausschusses ergibt sich aus der Tatsache, daß George F. Kennan in der Nachfolge des Vorsitzenden James W. Riddleberger, Leiter der „Division of

²³ Vgl. Office Memorandum des Leiters der „German-Austrian Economic Affairs Division“, Charles P. Kindleberger, an Kenneth Galbraith, Direktor des „Office of Economic Security Policy“, vom 19. 6. 1946 – NA 110.90/6-1946.

²⁴ Siehe Gimbel, *Entmilitarisierung*, S. 282. ²⁵ NA 740.00119 Control (Germany)/7-1946.

²⁶ *Foreign Relations 1946*, II, S. 882.

²⁷ Vgl. Walt W. Rostow, *The United States in the World Arena*, 2. Aufl., New York 1969, S. 177; Ernst Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, München 1974, S. 202ff.

²⁸ Vgl. Manfred Knapp, *Deutschland und der Marshallplan. Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder, *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949*, Wiesbaden 1977, S. 25.

Central European Affairs“, in dieser Funktion maßgeblichen Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik gewann. In dem Bericht, an dem neben Riddleberger J. K. Galbraith, E. S. Mason und H. P. Leverich mitgewirkt hatten, wird als vorrangiges Ziel sowjetischer Außenpolitik „a united Germany under communist domination“ angesehen. Ersatzweise würde die Sowjetunion sich mit einem einheitlichen deutschen Staat zufriedengeben, in welchem der Kommunismus günstige Entwicklungschancen besäße. Ungewiß sei, ob die sowjetische Regierung im Falle der Wahl zwischen einem geeinigten, aber neutralen Deutschland und ausschließlicher Kontrolle über die östliche Zone sich für die Einheit entscheiden würde. „Unless she deems the prospects for communism very favorable, Russia may believe that a neutral Germany will always be a potential ally of the western powers“²⁹. Darüber hinaus trachte die Sowjetunion danach, ein Höchstmaß an Reparationen selbst aus der laufenden Produktion aus Deutschland zu entnehmen. Daher ergäben sich „serious conflicts“ zwischen der amerikanischen und prospektiven sowjetischen Deutschlandpolitik. Kategorisch wurde festgestellt: „The U. S. cannot tolerate a communist and therefore eventually dominated Germany and the objective of a neutral Germany would be seriously jeopardized by preponderant communist influence.“³⁰ Hieraus wurde gefolgert, daß es als vorrangiges Ziel amerikanischer Politik angesehen werden müsse, den sowjetischen Einfluß in Deutschland zu neutralisieren. Auch dürfe man die Einheit Deutschlands nicht allein der Sowjetunion und der KPD überlassen, zumal die Vereinigten Staaten gegenüber der UdSSR die Gewährleistung der persönlichen Freiheiten und der demokratischen Staatsgrundlagen wirkungsvoll ins Feld führen könnten. Die amerikanische Haltung in dieser Hinsicht deutlich zu machen, müsse zum Hauptanliegen der Deutschlandpolitik erhoben werden, auch wenn sich dadurch ebenso wie durch die Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit die Gefahr einer Spaltung in einen östlichen und einen westlichen Staat ergeben könnte³¹. Damit wurden in dem Planungsbericht die Dimensionen und die Konsequenzen des sowjetisch-amerikanischen Konflikts in aller Deutlichkeit ausgesprochen.

Trotz der gravierenden und nicht zu leugnenden Schwierigkeiten, welche Frankreich der Durchsetzung amerikanischer Politik in Deutschland entgegensetzte, bestanden zwischen der französischen und der amerikanischen Seite keine unüberbrückbaren, durch ideologische Gegensätze intensivierte Wesensunterschiede. Zwar behinderte die französische Militärregierung die Bemühungen von Lucius D. Clay um eine gemeinsame Verwaltung der Besatzungszonen, doch schien dieser Widerstand aus der Sicht von Byrnes durchaus überwindbar. Die von ihm verfochtene Konzeption der Sicherheit vor einer erneuten deutschen Aggression mittels totaler Entmilitarisierung Deutschlands zielte darauf ab, den französischen Vorstellungen von Sicherheit durch Gebietsabtretungen und Zerstörung des deutschen Wirtschaftspotentials eine klare Alternative gegenüberzustellen. Hierzu bedurfte es allerdings nicht nur der Konzes-

²⁹ Report of the Secretary's Committee on Germany vom 15. 9. 1946 – NA 740.00119 Control (Germany)/ 9-1546 CS/A.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

sion an Frankreich, die Integration des Saargebiets zu unterstützen³², sondern vor allem der Versicherung eines dauerhaften amerikanischen Engagements in Mitteleuropa zur langfristigen Garantie der vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen. Der deutliche Hinweis von Byrnes in seiner Stuttgarter Rede, die territoriale Integrität Deutschlands wahren und keine weiteren Ansprüche Frankreichs an Rhein und Ruhr akzeptieren zu wollen³³, stand seiner Absicht, die Konzeption einer langfristigen Friedenssicherung für die Verhandlungen der Außenminister neu zu beleben, keinesfalls im Weg. Hierdurch steckte Byrnes die Grenzen der amerikanischen Konzessionsbereitschaft in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht deutlich ab³⁴. Zugleich reagierte er auf den Vorstoß Molotows auf der Pariser Außenministerkonferenz, auf der sich dieser zum Wahrer der deutschen Einheit aufgeworfen hatte³⁵.

Byrnes betrachtete es als Kernelement seiner Rede, zu versichern, daß die Vereinigten Staaten ihre Besatzungstruppen in Deutschland „for a long period“ belassen würden³⁶. Damit erteilte er allen Vorstellungen einer kurzen Phase aktiver amerikanischer Besatzungstätigkeit eine Absage und knüpfte an seinen Vorschlag eines Friedensvertrages vom 30. 4. 1946 an³⁷. In einem Memorandum für den Präsidenten wies er darauf hin, daß das wichtigste Ziel seiner Rede darin bestehe, „to let all nations know that we are not going to do what we did after the last war – withdraw our troops and show no interest in enforcing the disarmament of Germany“³⁸. Zur Durchführung der in seinem Entmilitarisierungsplan vorgesehenen Maßnahmen bedurfte es nach seiner Auffassung der militärischen Präsenz der USA; eine finanzielle Beteiligung an den Besatzungskosten sei nicht hinreichend. Byrnes betonte weiter, nachdem er den Vorschlag des Weißen Hauses, die Passage über die amerikanische Truppenstationierung aus seiner Rede zu streichen, entschieden zurückgewiesen hatte, daß es gerade auf diese Aussage ankomme: „Our friends in Europe now fear that we will not be willing to furnish our share of the occupation forces and that causes their lack of confidence. I wanted³⁹ to make a positive statement which would

³² Byrnes an Bidault vom 25. 9. 1946, NA 740.00119 Control (Germany)/ 9-2546. Am 14. 10. 1946 ging Byrnes, nachdem er zuvor vor einseitigen Schritten Frankreichs gewarnt hatte, in einem Schreiben an Bidault (Byrnes Papers/469) so weit, unter der Bedingung der von ihm geforderten vertraglichen Festlegung durch den Rat der Außenminister „certain immediate steps“ im Hinblick auf die Integration der Saar-Wirtschaft mit der französischen zu konzedieren.

³³ Europa-Archiv 1 (1946), S. 263 f.

³⁴ Bereits am 24. 7. 1946 hatte Byrnes, in einem Schreiben an den französischen Botschafter Bonnet, Frankreich vor einer „unilateral exploitation of the economic resources of Germany“ als Mißachtung des Prinzips, „to receive reparations through orderly procedures“, welche zu Lasten der übrigen Besatzungsmächte ginge, gewarnt.

³⁵ Siehe die Ausführungen von Molotow vom 10. 7. 1946, Foreign Relations 1946, II, S. 869 ff.

³⁶ Undat. Memorandum for Conversation with the President mit handschr. Korrekturen von Byrnes – NA 740.00119 Control (Germany)/ 9-246 CS/A. Darin nahm Byrnes Bezug auf eine Mitteilung, die er am Vormittag wohl als Antwort auf seine Übermittlung des Redeentwurfs an das Weiße Haus (vgl. Anm. 12) erhalten hatte.

³⁷ Vgl. Anm. 21.

³⁸ Vgl. Anm. 36.

³⁹ Handschr. korrigiert aus: „I hope to be able“.

reassure them.“ Unzweifelhaft waren damit die französischen Sicherheitsbedenken ins Spiel gebracht, denen Byrnes mit amerikanischen Zusicherungen begegnen wollte⁴⁰.

Hierbei befand Byrnes sich grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Vorstellungen seines Planungsausschusses, der bei seiner Analyse der französischen Politik zu dem Schluß kam: „Since the French position is wholly inconsistent with our basic objections in Germany means must be found for altering or circumventing French policy or for obtaining compromise decisions.“⁴¹ Zur Durchsetzung der amerikanischen Pläne sei es erforderlich, Frankreich zu überzeugen, „that the United States has a permanent security interest in Europe and that it will support this interest by long-term commitments“⁴². In der Studie wurde zugleich bedauert, daß Frankreich zum amerikanischen Vorschlag zur Entmilitarisierung Deutschlands als entscheidendem Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa auf der Pariser Außenministerkonferenz lediglich Lippenbekenntnisse abgegeben habe.

Um so mehr sah sich Byrnes veranlaßt – glaubte er doch, auf keine grundsätzliche Ablehnung bei Bidault gestoßen zu sein⁴³ –, die Vorzüge seines Planes darzulegen. Nicht zuletzt aus diesem Grund wies er in seiner Stuttgarter Rede darauf hin, daß die Bildung einer deutschen Zentralregierung bei gleichzeitiger Einsetzung von alliierten Kontrollbeamten zur Überwachung der Entmilitarisierung nicht zu einer starken zentralen Regierung führen müsse⁴⁴. Indem er die Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung und der Länderverwaltung in der amerikanischen Zone unter lockerem Zusammenschluß in einem Staatsverband nach dem Muster des Länderrates der US-Zone als nachahmenswert anpries, bekundete er das hohe Maß an Übereinstimmung mit französischen Vorstellungen einer staatenbündlichen Aufgliederung Deutschlands⁴⁵. Zugleich wurde deutlich, daß es aus amerikanischer Sicht nicht um die Errichtung

⁴⁰ Wie sehr die amerikanische Deutschlandpolitik von dem Gedanken geprägt war, die Zusicherung des langfristigen amerikanischen Engagements in Deutschland und in Europa könne die französische Regierung zur Abkehr von ihren extremen Sicherheitsforderungen bewegen, wird durch das Gespräch zwischen Kindleberger und dem französischen Geschäftsträger Bérard vom 9. 9. 1946 im State Department bestätigt (Foreign Relations 1946, V, S. 603).

⁴¹ Report vom 15. 9. 1946.

⁴² Ebenda.

⁴³ Während Molotow bereits bei der ersten Erörterung des Vertragsentwurfes am 29. 4. 1946 „serious objections on the part of the Soviet Government“ anmeldete (Foreign Relations 1946, II, S. 167), äußerte sich Bidault zunächst nicht. In seiner Stellungnahme vom 16. 5. 1946 (ebenda, S. 432) bezog er sich dann auf sein Schreiben vom 16. 4. 1946 (ebenda, S. 56 ff.), in dem er die Entmilitarisierung Deutschlands als nicht ausreichend bezeichnete, zugleich jedoch weitere Erörterungen über den Plan im Kreis der Außenminister für nützlich gehalten hatte. Schließlich hatte Bidault mit seiner Erklärung vom 10. 7. 1946 (ebenda, S. 860 ff.) zwar den Vorschlag begrüßt, zugleich jedoch zu erkennen gegeben, daß Frankreich seine bisherigen Zielsetzungen nicht preiszugeben bereit war. Ein konzeptioneller Wandel, wie er durch den Vorschlag von Byrnes erforderlich war, wurde von Bidault nicht eingeleitet.

⁴⁴ Europa-Archiv 1 (1946), S. 263.

⁴⁵ Siehe Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied/Berlin 1966, S. 189; F. Roy Willis, The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962, S. 209.

deutscher Zentralverwaltungen im Sinne der Potsdamer Regelung, sondern um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ging, welche mit der „Hauptverantwortung für die Regelung der eigenen Angelegenheiten bei geeigneten Sicherungen“⁴⁶ ausgestattet sein sollte. Es erübrigt sich, Frankreich wegen des Scheiterns der im Grunde bereits überholten Form deutscher Beteiligung anzugreifen. Byrnes war nicht darauf aus, einen Gegensatz zur Politik der französischen Regierung herzustellen, sondern bemüht, diese für seine Pläne zu gewinnen.

Obwohl Bidault auf der Außenministerkonferenz sich äußerst zurückhaltend zum Plan des amerikanischen Außenministers vom 30. 4. 1946 geäußert und in der Sache kein Eingehen auf die Friedenskonzeption signalisiert hatte, da nach französischer Auffassung die Sicherheitsbedenken nicht ausgeräumt wurden, gewann Byrnes den Eindruck, daß die französische im Gegensatz zur sowjetischen Regierung zu weiteren Gesprächen gewonnen werden konnte⁴⁷. Eine vertiefende Erörterung über den vorgelegten Plan im Rahmen der Konferenz schien nach der Erklärung von Molotow vom 11. 7. 1946⁴⁸ wenig sinnvoll. Byrnes entschloß sich daher zu einem Ortswechsel, den er in seinem Memorandum an Truman vom 2. 9. 1946 begründete: „It now seems probable that the meeting of the Council [of Foreign Ministers] to discuss German affairs cannot be held before December. I cannot announce a German program in Paris because it would affect the peace conference, diverting attention from the Balkan treaties.“⁴⁹

Wie sehr Byrnes auf ein französisches Einlenken hoffte, darauf nahezu fixiert war, wird durch seine Rundfunkrede vom 15. 7. 1946 bekräftigt⁵⁰, in welcher er zum vorläufigen Abschluß der Außenministerkonferenz Stellung nahm. Die Erklärung Bidaults, daß Frankreich mit der Bildung von „Allied offices with German personnel“ einverstanden sei⁵¹, interpretierte er vorschnell als Zustimmung zur Schaffung deutscher Zentralverwaltungen. Er glaubte, daß sein geduldiges und dezentes Einwirken auf die französische Regierung zum Erfolg geführt habe. Tatsächlich hatte aber Bidault am 12. 7. 1946 der Alternative eines alliierten Büros mit deutschem Personal ausdrücklich unter der Prämisse zugestimmt, daß damit die französische Haltung zur Frage *deutscher* Zentralverwaltungen unberührt bleibe⁵². Es bedurfte eines Hinweises von Murphy, um Byrnes diesen Sachverhalt deutlich zu machen, der keinerlei Fortschritt in der zentralen Frage darstellte⁵³. Byrnes' Optimismus war jedoch ungetrübt.

⁴⁶ Europa-Archiv 1 (1946), S. 263.

⁴⁷ Vgl. Anm. 43.

⁴⁸ Foreign Relations 1946, II, S. 882ff.

⁴⁹ Teletype Memorandum for the President from Secretary Byrnes vom 2. 9. 1946 (DC/R File) – NA 740.00119 Control (Germany)/9-246. Mit diesem Memorandum übersandte Byrnes seinen Redentwurf dem Präsidenten zur Genehmigung (vgl. Anm. 12); vgl. auch James F. Byrnes, *Speaking Frankly*, New York/London 1947, S. 187.

⁵⁰ Department of State Bulletin, July 28, 1946, S. 167.

⁵¹ Siehe Prot. der 41. Sitzung des Rates der Außenminister vom 12. 7. 1946, Foreign Relations 1946, II, S. 909.

⁵² Ebenda.

⁵³ Schreiben vom 18. 7. 1946, Foreign Relations 1946, V, S. 577f.

Er antwortete Murphy am 19. 7. 1946, er glaube, die Differenzen könnten verringert, wenn nicht sogar beseitigt werden. Man könne einen *modus vivendi* finden, „... if we avoid clash on verbal differences upon which their political situation may cause them to put exaggerated importance“⁵⁴.

Als weiteres Indiz für die Erwartungshaltung gegenüber der französischen Regierung mag das Gespräch zwischen Byrnes und Bidault vom 24. 9. 1946⁵⁵ angeführt werden, bei dem Byrnes, ohne zuvor von seinem französischen Kollegen auf seine Stuttgarter Rede angesprochen worden zu sein oder gar auf einen französischen Protest wegen der vorgebrachten Angriffe antworten zu wollen⁵⁶, erklärte, er habe Frankreich nicht wegen seiner Obstruktionspolitik im Alliierten Kontrollrat tadeln wollen, obwohl dies sicherlich den Tatsachen entspreche; jeder Bezug hierauf sei unterblieben⁵⁷. Nachdem Byrnes die in weiten Teilen der französischen Presse erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen hatte, kam er erneut auf seinen Vorschlag vom 30. 4. 1946 zu sprechen und betonte deutlicher noch als in Stuttgart, daß seine Konzeption einer deutschen Regierung in Analogie zum Länderrat der US-Zone mit französischen Vorstellungen in Einklang zu bringen sei. Obgleich auch bei dieser Gelegenheit keine grundsätzliche Ablehnung von Seiten Bidaults erkennbar wurde, waren doch die Verständigungsmöglichkeiten zwischen amerikanischer und französischer Regierung insbesondere wegen der angekündigten einseitigen Maßnahmen Frankreichs zur wirtschaftlichen Integration des Saargebiets ausgeschöpft. Der Versuch, Frankreich für ein Sicherheitskonzept Byrnesscher Prägung zu gewinnen, erwies sich damit als endgültig gescheitert⁵⁸. Erst die ökonomische Schwäche Frankreichs, die im Laufe des Jahres 1946 eine zunehmende Abhängigkeit von den USA konstituierte, bewirkte eine schrittweise und inhaltliche Preisgabe der französischen Zielvorstellungen zugunsten der amerikanischen Deutschlandpläne⁵⁹.

Zweifelsfrei hat General Clay eine nicht unwesentliche Rolle bei der Formulierung des Stuttgarter Redetextes gespielt. Zu Recht ist auf das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen der Analyse Clays zur politischen Lage in Deutschland vom

⁵⁴ Ebenda, S. 579.

⁵⁵ Memorandum of Conversation vom 24. 9. 1946, Foreign Relations 1946, V, S. 607f.

⁵⁶ Allerdings äußerte Byrnes sein Unverständnis gegenüber den heftigen französischen Presseerklärungen (vgl. Europa-Archiv 1946, S. 265 und 271 f.), die Gimbel (Byrnes' Rede, S. 53) als Beleg für die These anführt, daß Frankreich wegen seiner Haltung in der Frage der deutschen Zentralverwaltungen von Byrnes kritisiert worden sei. Die alleinige Reaktion von Seiten eines offiziellen französischen Regierungsvertreters (siehe Memorandum of Conversation über den Vortrag des französischen Geschäftsträgers am 9. 9. 1946 im State Department, Foreign Relations 1946, V, S. 603 f.) bestand darin, zu betonen, daß die Ausführungen von Byrnes das französische Sicherheitsbedürfnis nicht befriedigt hätten. Auch Bidault ging gegenüber Byrnes nicht auf die Pressestimmen ein.

⁵⁷ Gimbel (Byrnes' Rede, S. 54) verzichtet freilich auf die Wiedergabe des letzten Satzteiles aus der Gesprächsaufzeichnung.

⁵⁸ Siehe auch Gimbel, Marshall Plan, S. 116f.

⁵⁹ Gerhard Kiersch, Französische Deutschlandpolitik, in: C. Scharf und H.-J. Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949, Wiesbaden 1977, S. 76.

19. 7. 1946⁶⁰ und der Byrnes-Rede hingewiesen worden⁶¹. Auch ist unstrittig, daß Clay anlässlich seines Besuches bei Byrnes in Paris Mitte August 1946 eine Aussprache mit dem amerikanischen Außenminister hatte, bei der er seine eigenen Sorgen vortrug⁶² und Byrnes dahingehend überzeugte, daß von Seiten der amerikanischen Regierung etwas gegen die sowjetische Offensive in der Deutschlandpolitik unternommen werden müsse⁶³. Während die Anregungen Molotows vom 10. 7. 1946 in Paris heftig diskutiert wurden und Moskau dadurch einen propagandistischen Erfolg verbuchen konnte, wie Clay in seinem Anschreiben an Echols vom 19. 7. 1946 betonte⁶⁴, bestand Unklarheit sowohl bei den Verantwortlichen der amerikanischen Militärregierung als auch bei der deutschen Bevölkerung über die Ziele der amerikanischen Besatzungspolitik. Diese Unsicherheit abzubauen und einen aktuellen Überblick über die Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik zu vermitteln, war auch für Byrnes Anlaß zur Präzisierung der eigenen Intentionen. In seinem Memorandum vom 2. 9. 1946, mit welchem er dem Präsidenten seinen Redeentwurf übersandte und um Gegenäußerung bat, ging auch Byrnes ausführlich auf die Erklärung Molotows vom 10. 7. 1946 ein, die er als „specific and definite“ bezeichnete und die darauf ausgerichtet gewesen sei, die sowjetischen Pläne für Deutschland in einem möglichst positiven Licht erscheinen zu lassen. Diese Absicht habe Molotow zweifellos verwirklichen können. „His statement that the Soviets would oppose separation of the Ruhr and Rhineland made the Germans forget all about his other statement that the Soviet Union was entitled to 10 billion dollars reparation.“⁶⁵ Byrnes betonte weiter, daß er dieser Erklärung eine gleichfalls definitive Darlegung der amerikanischen Absichten entgegenstellen müsse, damit jedermann wisse, welches die amerikanische Politik sei. Durch Präzisierung seiner eigenen, von ihm auf der Pariser Außenministerkonferenz zur Diskussion gestellten Vorstellungen, wobei er auch Nachdruck auf eine positive Wirkung in der Öffentlichkeit legte, sollte die Initiative gegenüber der Sowjetunion zurückgewonnen werden.

Darüber hinaus stimmten Clay und Byrnes darin überein, daß eine öffentliche Erläuterung der amerikanischen Absichten notwendig war, um die Verunsicherung auf Seiten des eigenen Besatzungspersonals abzubauen. Beide betonten, daß die amerikanischen Besatzungsoffiziere in Diskussionen mit der deutschen Bevölkerung ins Hintertreffen geraten seien, weil sie in Ermangelung von Anweisungen und Instruktio-

⁶⁰ Seinem Schreiben an Echols, Direktor der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Armeeministerium, vom 19. 7. 1946 legte Clay seine Grundsatzzerklärung – „A Summary of United States Policy and Objectives in Germany“ – als Anlage bei; The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1946, Vol. I, hrsg. von Jean Edward Smith, Bloomington/London 1974, Dok. Nr. 137.

⁶¹ Gimbel, Byrnes' Rede, S. 43.

⁶² In einem handschriftlichen Schreiben an Byrnes vom 19. 8. 1946 (Byrnes Papers/469) bedankte sich Clay nach seinem Besuch in Paris für die Aufmerksamkeit, die Byrnes seinen Sorgen und Problemen geschenkt hatte.

⁶³ Byrnes (Speaking Frankly, S. 187) betont das von Clay ausgehende „encouragement“.

⁶⁴ Vgl. Anm. 60.

⁶⁵ Memorandum vom 2. 9. 1946.

nen aus Washington keine Auskunft über die amerikanische Politik geben konnten⁶⁶. Unter dem Eindruck der sowjetischen Initiative verstärkte sich auf deutscher Seite die Befürchtung, daß die Amerikaner wie schon nach dem Ersten Weltkrieg aus Verärgerung über die Entwicklung in Europa sich zurückziehen würden. „The argument was daily made that while the Soviets would remain the Americans would leave.“⁶⁷ Daher war die Versicherung dauerhafter amerikanischer Truppenpräsenz in Europa Grundvoraussetzung nicht nur für die Byrnessche Friedenskonzeption, sondern auch für die Festigung der amerikanischen Glaubwürdigkeit in Deutschland, auf deren Basis sich die Pläne zur wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Errichtung der Selbstverwaltung erst realisieren ließen.

In gleicher Weise waren die Darlegungen zur Grenzziehung sowohl zur deutschen West- als auch insbesondere zur deutschen Ostgrenze von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung der amerikanischen Haltung zur deutschen Einheit. Wenn Byrnes in Übereinstimmung mit Clay das vermeintliche sowjetische Monopol hierauf attackieren wollte, so mußte er unausweichlich auf die sowjetischen Maßnahmen aufmerksam machen, die der Aufrechterhaltung der deutschen Einheit entgegenstanden⁶⁸.

Indem nun Byrnes diese positiv gehaltene Gegenrede zur Erklärung Molotows hielt, erläuterte er die Grundzüge der amerikanischen Politik, wie sie vor allem in seinem Entwurf eines Friedensvertrages vom 30. 4. 1946 zum Ausdruck gekommen waren. Daß nicht allein Molotow, sondern nahezu in gleicher Weise auch Bidault der Verwirklichung der amerikanischen Friedensvorschläge entgegenstand, scheint für Byrnes keine wesentliche Rolle gespielt zu haben. Da allein Molotow die Vorstellungen in scharfer Form zurückgewiesen hatte⁶⁹, gewann Byrnes den unauslöschbaren Eindruck, daß die sowjetischen Intentionen die amerikanische Politik am stärksten behinderten. Während er bei der französischen Regierung auf Einsicht hoffte, hatte Byrnes in Molotow den Hauptschuldigen für das Scheitern seiner Pläne ausgemacht. Seine Einschätzung der Lage wurde dabei gewiß nicht unwesentlich durch die Tatsache beeinflußt, daß sowohl die französische als auch die britische Delegation auf der

⁶⁶ Clay an Echols vom 19. 7. 1946 (vgl. Anm. 60) sowie Byrnes an Schatzminister John W. Snyder vom 9. 9. 1946, Byrnes Papers/466 (2).

⁶⁷ Byrnes an Snyder vom 9. 9. 1946.

⁶⁸ In seinem Brief an Snyder vom 9. 9. 1946 hob Byrnes die Erklärung zur äußerst wichtigen Grenzfrage besonders hervor, zumal diese die amerikanischen Entscheidungen zu wirtschaftlichen Fragen beeinflussen würde. Byrnes schloß: „I hope that the speech was helpful.“ Auch in seinem Buch (*All in one Lifetime*, S. 366f.) läßt Byrnes der Schilderung, wie positiv die Erklärung Molotows vom 10. 7. 1946 in der deutschen Bevölkerung gewirkt habe, die Feststellung folgen: „The fact was, our policy toward Germany had not been satisfactorily clarified, [...] Now I felt our policy should be announced promptly and in such a manner as to impress the people of Germany and of Europe.“

⁶⁹ Auf der 38. Sitzung der Außenminister vom 9. 7. 1946 hatte Molotow den Vertragsentwurf als völlig unzureichend bezeichnet (*Foreign Relations 1946*, II, S. 843). Hierauf eingehend, hatte Bidault sich auf der 39. Sitzung der Außenminister vom 10. 7. 1946 grundsätzlich positiv geäußert und den Vorschlag begrüßt (ebenda, S. 863), ohne daß seine inhaltlichen Bemerkungen eine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte erkennen ließen.

Außenministerkonferenz, anders als die sowjetische, seinen Vorschlag vom 15. 5. 1946⁷⁰ akzeptiert hatten⁷¹, Stellvertreter zur Beratung der deutschen Frage und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages einzusetzen⁷². Der dadurch signalisierte prozedurale Fortschritt ermutigte ihn, ungeachtet der sichtbaren Meinungsverschiedenheiten auch eine Annäherung in der Sache für möglich zu halten. Am 3. 10. 1946 sah Byrnes sich daher erneut veranlaßt, der Pariser Regierung in seiner Rede vor dem Amerikanischen Club in Paris die Vorzüge seines Planes zu erläutern⁷³. Diese Betrachtungsweise entsprang dem subjektiven Empfinden von Byrnes und kann nicht als eine im nachhinein durch den Kalten Krieg beeinträchtigte Darstellung angesehen werden. Ebenso kann der Byrnes-Plan nicht als „amerikanisches Manöver im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion“⁷⁴ gewertet werden, wengleich die Auseinandersetzung hierüber die wachsenden Spannungen des Ost-West-Konflikts verdeutlicht. In gewisser Weise wurde der konzeptionelle Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten den Beteiligten erst rund ein Jahr nach der Potsdamer Konferenz in den konkreten Auswirkungen deutlich, wobei die ideologische Komponente den Prozeß der Desintegration gemeinsamer Politik verstärkte.

Mit seiner Grundsatzerklärung vom 19. 7. 1946 hat Clay diese Intention einer Standortbestimmung amerikanischer Deutschlandpolitik ausdrücklich bestätigt, wengleich er gewisse Akzente anders als Byrnes setzte. So legte Clay – aus seiner Aufgabe in Deutschland verständlich – größeren Nachdruck auf die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen, ohne das jedoch mit einem scharfen Angriff gegen die Politik Frankreichs zu verbinden. Er ging aber in seinen Ausführungen über die Zukunft Deutschlands und die Besatzungsperiode ausdrücklich auf die Byrnessche Vertragskonzeption ein⁷⁵. Abgesehen von dieser Nuancierung wird zwischen den Absichtserklärungen von Byrnes und Clay kein Gegensatz deutlich. Während Byrnes seine Grundüberzeugungen seit Beginn der Pariser Außenministerkonferenz nicht geändert hatte, schien Clay sich den veränderten außenpolitischen Strömungen anzupassen. Seine Grundsatzanalyse vom 19. 7. 1946 war daher nicht richtungsweisender Anstoß für eine Umorientierung amerikanischer Deutschlandpolitik, welche bislang das „Fehlverhalten“ Frankreichs nicht zur Kenntnis genommen hätte, sondern eine „Zusammenfassung“ der gültigen und offiziellen amerikanischen Deutschlandpolitik, die allein vom State Department verantwortet wurde. Bezeichnenderweise lehnte das Kriegsministerium die Forderung Clays ab, seine Erklärung selbst zu veröffentlichen. Es gab damit deutlich zu erkennen, daß die Erläuterung amerikanischer Außenpolitik eindeutig in die Zuständigkeit des State Department fiel. Die Autorität dieser Behörde und die persönliche Autorität Byrnes' wurden von Clay in keiner Weise in Zweifel

⁷⁰ *Foreign Relations* 1946, II, S. 400.

⁷¹ *Foreign Relations* 1946, II, S. 875.

⁷² Zum Stellvertreter-Vorschlag siehe Gimbel, *Marshall Plan*, S. 99ff.

⁷³ Byrnes, *Speaking Frankly*, S. 193; siehe hierzu Gimbel (Byrnes' Rede, S. 54), der hierin den Versuch von Byrnes erblickt, „Übereinstimmung vorzutäuschen“.

⁷⁴ Gimbel, *Entmilitarisierung*, S. 282.

⁷⁵ *A Summary of United States Policy and Objections in Germany*.

gezogen⁷⁶. Byrnes glaubte indes, daß die Verkündung und Bekräftigung der gültigen Außenpolitik – kein Wandel durch intensivierte Angriffe gegenüber Frankreich – die unleugbaren Schwierigkeiten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland verringern würde⁷⁷.

In konzeptioneller Hinsicht brachte die Rede des amerikanischen Außenministers in Stuttgart keine Erkenntnisse, die nicht schon zuvor Bestandteil der Deutschland- und Europaplanung gewesen wären. Allerdings hatte es bislang an einer pointierten Darlegung der US-Außenpolitik vor dem Hintergrund der weltpolitischen Geschehnisse seit der Potsdamer Konferenz gemangelt. Der Wandel, der sich seitdem vollzogen hatte, war daher kaum deutlich geworden. Die Stuttgarter Rede war in diesem Sinne Ausdruck eines dynamischen Wandlungsprozesses, der zu diesem Zeitpunkt zu einem vorläufigen Abschluß gelangte. Die von Byrnes abgegebene außenpolitische Grundsatzserklärung und das Bekenntnis zu einer aktiven und konstruktiven Deutschlandpolitik förderten im Bewußtsein vieler Zeitgenossen die Vorstellung des Wandels. Sowohl bei den amerikanischen Besatzungsoffizieren und deutschen Politikern als auch bei der deutschen Bevölkerung wurde die bis dahin vorherrschende Skepsis zurückgedrängt. So bemerkte der Leiter der „Archives and Liaison Section“ von OMGUS, Curt E. Hansen, in einem Schreiben an Byrnes: „I believe that this speech will initiate a turning point in history, because it marks the end of an impossible situation in Europe and elsewhere and the implementation of a sound, constructive, practical and just policy. Moreover, it should awaken the American people to the critical importance of the German problem and, at the same time, bringing hope to the German people, insure their co-operation in truly democratizing Germany and eventually bringing her into the family of the United Nations.“⁷⁸ Es waren mithin vor allem die Folgewirkungen hinsichtlich der Standortbestimmung amerikanischer Europapolitik und die psy-

⁷⁶ Vgl. Clay an Byrnes vom 19. 8. 1946; für die Beurteilung der politischen Rolle Clays in Deutschland und seines Einflusses auf die Formulierung der amerikanischen Deutschlandpolitik ist der Hinweis des „U. S. Political Adviser for Germany“, Robert Murphy, in seinem Brief an den „Assistant Secretary of State“, Donald Russell, vom 27. 10. 1946 (Byrnes Papers/611 (1)), von Bedeutung, daß Gen. McNarney und nicht Gen. Clay U. S.-Oberkommandierender in Deutschland sei. Ungeachtet dessen nutzte Clay, wie Murphy hinzufügte, seinen Entscheidungsspielraum und die Möglichkeit direkter Kontakte zum State Department. Andererseits habe sich Clay stets als Armeegeneral verstanden, der den Weisungen des War Department unterstehe. „Lucius insists that his directives come from the War Department, stating at the same time that he is perfectly willing to respect the wishes of the State Department but as an army officer he cannot take orders from any agency or Department except the War Department.“ In diesem Zusammenhang ging Murphy auch auf die Pläne ein, die auf mehreren Ebenen erkennbaren Koordinierungsprobleme durch die Einsetzung eines zivilen Hohen Kommissars zu beheben. Murphy glaubte, daß hierdurch die grundlegende Schwierigkeit, die in der gleichzeitigen Wahrung militärischer und ziviler Funktionen begründet war, nicht gelöst werden würde. Auch Clay sei es gleichgültig, ob die Direktiven vom State oder vom War Department kämen, „as long as policy direction would be thoroughly coordinated in Washington. In that respect also I should say that Lucius at times does resent what he considers State Department kibitzing“.

⁷⁷ Byrnes an Robert E. Hannegan, Postmaster General, vom 9. 9. 1946 – Byrnes Papers/465 (1).

⁷⁸ Curt E. Hansen an James F. Byrnes vom 9. 9. 1949 – Byrnes Papers/465 (2).

chologischen Auswirkungen, welche der Byrnes-Rede ihre Bedeutung verliehen. Unter diesen Aspekten wurde in der Tat mit der Bekräftigung amerikanischer Verpflichtungen in Mitteleuropa ein Wandel eingeleitet. Angesichts des großen Rahmens seines Auftritts in Stuttgart⁷⁹ und der ungewöhnlichen Inszenierung mit Presse, Wochenschau und Rundfunkübertragung sowohl in Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten kann die überwiegend positive Wirkung der Rede nicht als unbeabsichtigtes Nebenprodukt angesehen werden. Es gelang Byrnes – wie von ihm angestrebt –, die Wirkung der Rede Molotows und damit den positiven Eindruck sowjetischer Deutschlandpolitik zu neutralisieren. Die Position der Vereinigten Staaten in Deutschland und in Europa schien nachhaltig gefestigt⁸⁰.

Darüber hinaus gingen von dieser Rede, die der deutschen Wirtschaft erstmals Zukunftschancen und Wiederaufbaumöglichkeiten eröffnete, wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Gesundung der westlichen Zonen aus, wirkten doch in breiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit immer noch Morgenthauseche Vorstellungen als Merkmal amerikanischer Deutschlandplanung nach. Damit waren zwar nicht alle Versorgungs- und Transportprobleme gelöst, doch wurde der kontinuierliche Produktivitätsanstieg durch übersteigerte Entmilitarisierungsmaßnahmen nicht unterminiert. Statt dessen wurden allenthalben wirtschaftsfördernde Akzente gesetzt. So nannte Kindleberger in einem Memorandum an Riddleberger folgenden Prioritätenkatalog: „Exports must be stimulated, imports restricted and then allocated carefully to priority uses, domestic resources mobilized in industry and agriculture, intermediate and finished products allocated to industry, and possibly rationed to consumers.“⁸¹ Als Voraussetzung einer „rapid recovery of the German economy“ bezeichnete der Planungsausschuß des Außenministers schließlich eine Fortsetzung der bereits im Alliierten Kontrollrat initiierten Pläne zur Währungsreform⁸².

Ein weiterer positiver Impuls ging von der Zusicherung Byrnes' aus: „Das amerikanische Volk wünscht dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben.“⁸³ Diese Ankündigung beflügelte das politische Leben in den Westzonen; von ihr scheint ein kontinuierlicher Weg bis zur Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu führen. Seit der Byrnes-Rede wurde die amerikanische Besatzungspolitik im Bewußtsein vieler Deutscher mit politischem und wirtschaftlichem Wiederaufbau gleichgesetzt. Darüber hinaus waren die Ausführungen von Byrnes in Stuttgart für das Kabinett in Washington von hinreichender Tragweite, um eine offizielle Bestätigung der dort verkündeten Prinzipien amerikanischer Deutschlandpolitik auszusprechen⁸⁴. Die Bedeutung der Byrnes-Rede für die amerikanische

⁷⁹ Siehe Byrnes, *Speaking Frankly*, S. 188; Byrnes, *All in one Lifetime*, S. 368.

⁸⁰ Es ist nicht auszuschließen, daß Clay infolge der gefestigten amerikanischen Position in Deutschland seine Rücktrittsabsichten (vgl. Murphy an Russell vom 27. 10. 1946) aufgab bzw. zurückstellte.

⁸¹ Memorandum vom 15. 7. 1946 – NA 740.00119 Control (Germany)/7-1546.

⁸² Report vom 15. 9. 1946.

⁸³ Europa-Archiv I (1946), S. 264.

⁸⁴ Den „expression of approval“ des Kabinetts übermittelte Unterstaatssekretär William L. Clayton mit Schreiben an Byrnes vom 7. 9. 1946 – Byrnes Papers/465 (2).

Innenpolitik wurde nicht erst durch die von Handelsminister Henry A. Wallace am 12. 9. 1946 vertretene Position größerer Kooperation mit der Sowjetunion⁸⁵ begründet⁸⁶, wie auch die baldige Entlassung von Wallace beweist, daß die Grundposition von Byrnes die vorherrschende politische Richtung reflektierte⁸⁷. Der Versuch von Wallace, den Wandel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion aufzuhalten, scheiterte weithin sichtbar.

Im Lichte dieser Betrachtungen erscheint die Rede des amerikanischen Außenministers in Stuttgart in starkem Maße als propagandistische Gegenoffensive und als „Abrechnung“ mit der sowjetischen Besatzungspolitik⁸⁸. Demgegenüber waren die Angriffe auf die französische Obstruktionspolitik relativ schwach. Byrnes umwarb die französische Regierung geradezu, um sie von den Vorteilen seines Friedensplanes auf der Basis einer umfassenden, von den USA garantierten Entmilitarisierung Deutschlands zu überzeugen. Die von diesem Plan ausgehenden neuen Dimensionen amerikanischer Deutschlandpolitik zu erläutern, um durch die öffentliche Bestimmung des amerikanischen Standortes Klarheit und Zuversicht zu schaffen, war für Byrnes Anlaß und Anliegen zugleich. In diesem Sinne war seine Rede Ausdruck und Zeugnis der fortschreitenden Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik.

⁸⁵ Zu den Vorgängen um die Rede vom 12. 9. 1946 im Madison Square Garden siehe: *The Price of Vision. The Diary of Henry A. Wallace 1942–1946*, hrsg. von John Morton Blum, Boston 1973, S. 612 ff.; Wortlaut der Rede ebenda S. 661 ff.

⁸⁶ Die Kontroverse mit Wallace verlieh den Ausführungen von Byrnes zusätzliche Bedeutung (vgl. Curry, James F. Byrnes, S. 252), verstellte aber wohl kaum eine objektive Beurteilung der Vorgänge in Stuttgart (vgl. Gimbel, Byrnes' Rede, S. 44 f.).

⁸⁷ Zur Haltung von Präsident Truman siehe die Erläuterungen von Dean Acheson, *Present at the Creation*, London 1969, S. 191 f.

⁸⁸ Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland*, München 1966, S. 33.